

**Antrag 01****Antragsteller\*innen: DIE LINKE. Hessen Landesvorstand****Antragsthema: Leitantrag****Antragsbegehren: Der 14. Landesparteitag DIE LINKE. Hessen möge beschließen:**

1 **LINKES Feuer der Solidarität!**  
2 **Statt sozialer Kälte der Regierenden**  
3  
4 Wir leben in einer Zeit sozialer Kälte, grausamer Kriege und einer sterbenden Umwelt.  
5 Aktuell explodieren in Stadt und Land die Mieten. In Darmstadt bezahlt jeder fünfte Haus-  
6 halt mehr als die Hälfte des eigenen Einkommens für Miete. Der traurige deutsche  
7 Spitzenreiter. Frankfurt schafft es bundesweit beim Quadratmeterpreis auf Platz 2.  
8 Einkaufen ist im Vergleich zum Vorjahr über 13 Prozent teurer geworden, Tendenz steigend.  
9 Gleichzeitig reiben sie sich die großen Energieunternehmen angesichts explodierender  
10 Gewinne die Hände. Statt Übergewinne zu besteuern, beschließt die Regierung in Berlin eine  
11 Gasumlage und belastet damit grade diejenigen, die wenig haben.  
12 Es gilt auch mit SPD, GRÜNEN und FDP: Gewinne werden privatisiert, Verluste muss die Be-  
13 völkerung tragen. Wer solche Politik macht, hat kein soziales Gewissen und spaltet die  
14 Bevölkerung. Gegen eine solche Schieflage hilft nur gesellschaftlicher Druck, den wir  
15 gemeinsam mit unseren Partner\*innen auf der Straße und in den Parlamenten organisieren.  
16 Lasst uns überall deutlich machen: Wir sind die soziale Alternative gegen die Ignoranz der  
17 Bundesregierung! Nie war DIE LINKE so wichtig und wertvoll wie heute!  
18 Wir werden eine lautstarke Stimme für diejenigen sein, die das Ende des Monats genauso  
19 fürchten wie das Ende des Planeten. Für uns stehen die Interessen der Beschäftigten und der  
20 ärmeren Hälfte der Gesellschaft im Mittelpunkt. Dafür brauchen wir Klimaschutz mit sozialer  
21 Absicherung für alle, klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, gute Löhne und echte  
22 Mitbestimmung. Wir wollen eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, Schulen,  
23 Kinderbetreuung und öffentlichen Nahverkehr. Dafür wollen wir Reichtum endlich gerechter  
24 besteuern, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschafts- und  
25 Unternehmensbesteuerung. Und wie wäre es mit einer Besteuerung der Übergewinne der  
26 Krisenprofiteure? 76 Prozent der Deutschen sprechen sich für eine Übergewinnsteuer aus,  
27 sechs europäische Länder haben sie bereits.  
28 Aber Christian Lindner sieht durch die getönten Scheiben seines Luxusdienstwagens weder  
29 Übergewinne der Energiekonzerne noch die ernststen Sorgen der kleinen Leute. Wir werden  
30 weiterkämpfen für eine gerechte Steuerpolitik! Deshalb: Lasst uns denen die durch ihre  
31 Politik soziale Kälte in der Gesellschaft verbreiten Feuer machen! Eine andere Weltordnung,  
32 sozial und gerecht, bleibt nötiger denn je.  
33  
34 **Gute Arbeit – Wertschätzende Löhne**  
35  
36 Deutschland und Hessen befinden sich in der schwersten Inflationskrise seit 50 Jahren. Im  
37 reichen Hessen sind so viele Menschen arm wie noch nie: Jede\*r fünfte, bei Kindern und  
38 Jugendlichen ist es fast jede\*r vierte!  
39 Die gestiegenen Preise für Heizöl (103,4%), Kraftstoffe (21,5%) und Nahrungsmittel (14,2%)  
40 belasten besonders arme Menschen nach den Pandemie Jahren mit Kurzarbeit und

41 Jobverlusten schwer. Die Tafeln in Hessen können die Not und den Ansturm von Bedürftigen  
42 – viele davon im Rentenalter – nicht bewältigen: Viele können sich schon jetzt nicht mehr  
43 ausreichend und gesunde Lebensmittel leisten.

44 Die dringend notwendigen Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen der Bundes- und  
45 Landesregierung für die Bürger\*innen bleiben sozial unausgewogen. Gasumlage und eine  
46 Verdopplung der Heizkosten steigern den sowieso schon hohen Druck auf die Menschen, die  
47 davor bereits Schwierigkeiten hatten, ihre Wohnkosten zu begleichen. Ratschläge zum  
48 Duschverhalten der Betroffenen aus der Regierung sind dabei mehr als nur zynisch.

49

50 Als LINKE kämpfen wir zusammen mit Gewerkschaften um gute Löhne, die zum Leben  
51 reichen und gegen die Politik der anderen Parteien, die am Ende nur den Interessen des  
52 Kapitals dienen. Wir wollen eine Arbeitswelt, in der Mitbestimmung im Betrieb und  
53 Tarifbindung Alltag sind. Ausbeutung und prekärer Beschäftigung sagen wir den Kampf an. In  
54 Hessen wollen wir, dass Land und Kommunen bei Ausschreibungen Kriterien der Tariftreue  
55 und Mitbestimmungsrechte der Arbeitenden berücksichtigen müssen.

56 Es braucht klare Richtlinien gegen einen Preiswettbewerb auf dem Rücken der Arbeitenden.  
57 Digitalisierung muss echten sozialen Fortschritt bedeuten: Statt immer weniger Kolleg\*innen  
58 immer mehr Aufgaben und Arbeitsverdichtung zuzumuten, wollen wir eine Arbeitswelt, die  
59 sich an den Bedürfnissen der Arbeitenden ausrichtet. Anstatt die Digitalisierung einseitig zur  
60 Steigerung des Profits der Konzerne und ihrer Aktionär\*innen zu nutzen, bietet sie auch die  
61 Möglichkeit die Normalarbeitszeit auf 30 Wochenstunden zu senken.

62 Für die sozialen Berufe kämpfen wir zusammen mit den Beschäftigten für mehr  
63 Wertschätzung, Arbeitsentlastung und deutlich bessere Löhne. Klatschen reicht nicht -  
64 Profitinteressen von Aktionär\*innen haben hier nichts verloren! Deshalb muss auch z.B. das  
65 Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) schleunigst zurück in öffentliche Hand.  
66 Die Pandemie hat gezeigt: Diese vorwiegend von Frauen ausgeübten Berufe sind wirklich  
67 systemrelevant, denn ohne Erzieher\*innen, Pfleger\*innen, Sozialassistent\*innen und alle  
68 anderen geht gar nichts. Es sind eben nicht Banken, Fluggesellschaften, oder die  
69 Automobilindustrie, die mit bedingungslosen Finanzspritzen in Milliardenhöhe unterstützt  
70 werden müssen. Das zeigt besonders der jetzige Personalmangel am Frankfurter Flughafen:  
71 Wenn die Lufthansa 9 Milliarden Euro vom Staat ohne Gegenleistung bekommt, nur um im  
72 Gegenzug über 20.000 Kolleg\*innen zu entlassen, braucht sich heute nicht verwundert die  
73 Augen reiben wo die Arbeitskräfte denn geblieben sind.

74 Dafür kämpfen wir zusammen mit Gewerkschaften, Arbeitenden und Angestellten. Und  
75 dafür legen nur wir – DIE LINKE – uns in den Parlamenten auch laut mit den Chef-  
76 \*innenetagen der Konzerne und deren Großaktionär\*innen an.

77

### 78 **Die Lebensgrundlage für alle erhalten**

79

80 Überschwemmungen, Waldbrände, Dürren, Meere voller Plastik, Artensterben: Die  
81 Klimakatastrophe zeigt sich immer deutlicher. Während die Ampel laut über die  
82 Verlängerung der Atomkraft diskutiert, verschwitzt die Landesregierung Klimaanpassung und  
83 betreibt mit Strategien für Streuobstwiesen Wohlfühlökologie statt echtem Klimaschutz.  
84 Wir wollen ein Hessen, in dem nachhaltige Landwirtschaft betrieben wird, auf dem Land Bus  
85 und Bahn regelmäßig kommen, die Bürger\*innen an einer dezentralen Energieversorgung  
86 durch Erneuerbare beteiligt werden und Umwelt und Klima vor Profiten stehen. Kurzum: Wir  
87 wollen die soziale Frage und die Frage des Klimaschutzes gemeinsam lösen, statt sie  
88 gegeneinander auszuspielen.

89 Die Energiewirtschaft ist für ein Drittel aller Treibhausgasemissionen in Deutschland  
90 verantwortlich – trotzdem bleibt die hessische Landesregierung beim Ausbau der  
91 regenerativen Energien zurück und belegt im bundesweiten Vergleich nur den traurigen 14.  
92 Platz. Wir wollen Stromgigant\*innen in gemeinwohlorientierte öffentliche oder  
93 genossenschaftliche Hand überführen. Die Alternative sind Kommunale Versorger\*innen  
94 und Energiegenossenschaften, sodass die Menschen bei der Stromproduktion dezentral vor  
95 Ort mitsprechen und von ihr profitieren können. Energiepolitik muss auch sozialer werden:  
96 Das Verbot von Strom- und Gassperren, ein bezahlbares Grundkontingent für Strom und  
97 Gas, die Wiedereinführung einer staatlich kontrollierten Strompreisaufsicht und die  
98 Einführung von Stromtarifen (Energie-Bonus), die Stromsparen belohnen, gehören für uns zu  
99 den wichtigsten Antworten für ein klimagerechte Politik

100 Dicke Luft in den Großstädten, tote Hose an Dorfbushaltestellen, Raserei auf der Autobahn:  
101 Bei der Verkehrspolitik heißt es bei Landes- und Bundesregierung „Vorfahrt für Autos“. Wir  
102 finden der ÖPNV muss grundlegend verändert werden: Ausgebaut, gut getaktet, barrierefrei  
103 und bezahlbar. Egal wie ländlich die Bushaltestelle auch ist, zwischen 6 und 22 Uhr muss das  
104 nächste Oberzentrum mindestens im Stundentakt erreichbar sein. Wer den  
105 Individualverkehr wirklich reduzieren will, muss das Auto auch auf dem Land verzichtbar  
106 machen.

107 Wir kämpfen mit Bürgerinitiativen wie der Gersprenztalbahn, der Artalbahn, der  
108 Lumdatalbahn und vielen anderen um die Reaktivierung dieser Gleisstrecken. Jeder Meter  
109 Schiene zählt! Aber mal ehrlich: Der ÖPNV ist zu teuer. Wer es in Hessen nicht in den Genuss  
110 einer Berechtigung für ein 365 Euro-Jahresticket schafft, muss bis zu 299 Euro im Monat  
111 blechen. Der Sommer hat gezeigt: das sind 290€ zu viel. Aber Mobilität sollte für alle gut  
112 zugänglich sein, deswegen wollen wir mittelfristig einen kostenlosen ÖPNV.

113 Vielerorts können wir den Wald vor lauter toter Bäume nicht mehr sehen: Wir müssen  
114 unsere Umwelt schützen! Deshalb wollen wir eine Land- und Forstwirtschaft, die gute  
115 Bedingungen für Natur, Landwirt\*innen und Konsument\*innen schafft. Die EU-  
116 Agrarförderung muss grundsätzlich an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden.  
117 Subventionen für landwirtschaftliche Exporte müssen fallen, da sie meist den Menschen vor  
118 Ort schaden. Lokale, genossenschaftliche, effektive und umweltfreundliche Landwirtschaft  
119 muss stärker gefördert werden, dazu gehört auch die Versiegelung hochwertiger  
120 Ackerböden zu verhindern. Die Nutzung von Totalherbiziden und Totalinsektiziden muss  
121 verboten und eine ökologische Landwirtschaft, die ohne Spitzmittel auskommt, gefördert  
122 werden. Gutes Essen muss bezahlbar sein, dafür müssen Grundnahrungsmittel nicht nur von  
123 der Mehrwertsteuer befreit, sondern auch das Kartellrecht gestärkt werden.

124

### 125 **Ohne Frieden ist alles Nichts**

126

127 Durch den völkerrechtswidrigen russischen Überfall auf die Ukraine, begleitet von  
128 erschreckenden Bildern, ist vielen Menschen wieder bewusstgeworden, wie essenziell  
129 Frieden ist. Nach langen Monaten des Kriegs ist weiter kein Ende in Sicht und das Sterben  
130 geht weiter. DIE LINKE setzt sich für einen schnellen Waffenstillstand und eine diplomatische  
131 Lösung des Kriegs ein. Statt Waffenlieferungen, die den Krieg und die Leiden der Menschen  
132 in die Länge ziehen, muss jetzt die Zeit der Verhandlungen sein.

133 Die NATO ist Russland schon heute vielfach überlegen, wir brauchen keine weitere  
134 Aufrüstung. Deshalb fordert DIE LINKE weiterhin ein Rüstungskonversionsprogramm, die  
135 Umwandlung der Rüstungsindustrie in zivile Produktion. Schienen und Züge, statt Panzer  
136 und Raketen. Das sogenannte Sondervermögen für die Bundeswehr lehnen wir ab.

137 Stattdessen wollen wir die 100 Milliarden Euro für sozialen Ausgleich in einer für viele  
138 Menschen existenzbedrohenden Wirtschaftskrise und den sozial-ökologischen Umbau  
139 nutzen.

140 Seit vielen Jahren führen auch westliche Staaten – vorgeblich zum Schutz der Menschen-  
141 rechte – Kriege oder heizen Stellvertreterkriege wie in Syrien an. Auch die gescheiterten  
142 deutschen Kriegsabenteuer in Afghanistan und Mali haben keinen Frieden gebracht und die  
143 soziale, ökonomische, sowie rechtliche Lage der Menschen ist immer noch katastrophal,  
144 wenn nicht schlimmer als jemals zuvor.

145 Bei diesen und anderen weltweit stattfindenden Kriegen sind Deutschland und Hessen nicht  
146 nur wegen der Beteiligung der Bundeswehr ein zentraler Dreh- und Angelpunkt. Mit den  
147 Standorten der US-Armee in Wiesbaden besteht eine reelle Gefahr für die Bevölkerung. Statt  
148 der möglichen Stationierung der Hyperschallwaffen „Dark Eagle“ in Mainz-Kastell und der  
149 Entfaltung eines neuen Kalten Krieges fordert DIE LINKE. die Schließung aller ausländischen  
150 Militärbasen sowie ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

151 Gemein ist allen Kriegen, dass sie Elend und Flucht produzieren. Doch anstatt sich  
152 wenigstens der Verantwortung für die eigenen Verbrechen zu stellen und Menschen auf der  
153 Flucht aufzunehmen, wird die Festung Europa noch tödlicher.

154 Illegale Pushbacks sind inzwischen an der Tagesordnung und wer die Flucht in die EU schafft,  
155 wird unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lager gepfercht. Dieser Heuchelei stellen  
156 wir die Vision einer wirklich menschenrechtsbasierten Politik entgegen. DIE LINKE tritt  
157 kompromisslos für sichere Fluchtwege und das Bleiberecht für alle Geflüchtete ein: Kein  
158 Mensch ist illegal! Fluchtursachen gehören bekämpft. Wir kämpfen für eine Welt, in der kein  
159 Mensch fliehen muss – ob vor Krieg, Verfolgung, Hunger oder dem Klimawandel.

160

### 161 **Gute Bildung für alle**

162

163 Das hessische Bildungssystem ist ein Sanierungsfall. Von der Bausubstanz unserer Schulen,  
164 über die technische Ausstattung bis zum Lehrpersonal, mangelt es an allen Enden. Durch die  
165 Corona-Krise ist noch einmal deutlich geworden, dass nicht nur der Putz bröckelt, sondern es  
166 auch an Lehrkräften und digitaler Ausstattung fehlt. Der Bildungserfolg hängt in Hessen noch  
167 viel zu stark von der sozialen und finanziellen Herkunft ab.

168 Wir sagen: Bildung ist ein Menschenrecht und der Zugang zu Bildung muss lebenslang und  
169 kostenfrei möglich sein! Dafür brauchen wir mehr Lehrende, um Schüler\*innen bedarfs-  
170 gerechter zu unterrichten und Klassen zu verkleinern, aber auch mehr Geld für Sanierungen  
171 und Ausstattungen. Das hessische Bildungswesen ist im internationalen Vergleich stark  
172 unterfinanziert. Besonders im ländlichen Raum drohen Schulschließungen.

173 Das dreigliedrige Schulsystem muss überwunden werden. Stattdessen braucht es gemein-  
174 samen Unterricht bis zum Ende der 10. Klasse, nach erfolgreichem Abschluss dieser kann  
175 dann ein Hochschulzugang erworben werden. Bildung ist keine Ware, sondern, muss  
176 Schüler\*innen mit allen Begabungen, Behinderungen, mit Flucht- und Migrations-  
177 hintergrund integrieren und individuell fördern.

178 Wir wollen, dass Schüler\*innen kostenlose Mittagsverpflegung erhalten und ticketfrei den  
179 ÖPNV nutzen können - unabhängig von Wohnort und Alter. Damit sich Kinder entsprechend  
180 ihren Bedürfnissen entfalten können braucht es kleinere Klassen und eine Stärkung der  
181 Partizipation. Bildung bedeutet auch, kritisches Denken zu fördern und den Unterricht zu  
182 gesellschaftlichen Debatten zu stärken.

183 Wer nach der Schule gerne eine Ausbildung machen würde, hat es nicht immer einfach:  
184 Lange, unbezahlte Praktika, eine geringe Ausbildungsvergütung und Existenzängste quälen

185 viele Jugendliche nach dem Schulabschluss. Wir finden, Hessen muss mehr qualitativ  
186 hochwertige Ausbildungsplätze schaffen, es muss mehr bezahlbarer Wohnraum auch für  
187 Azubis entstehen und der Ausbildungslohn muss zum Leben reichen. Zu wirklich guten  
188 Ausbildungsplätzen gehört aber auch eine Übernahmegarantie, erst so werden sie für die  
189 Lernenden attraktiv und absichernd. Wer trotz großen Betriebs nicht ausbilden will, soll eine  
190 Ausbildungsumlage zahlen!

191 Zu wenig Plätze in den Studierendenwohnheimen, unfaire Zulassungsbeschränkungen durch  
192 NCs und Unterfinanzierung sind der Alltag an hessischen Universitäten, für Studierende und  
193 an den Hochschulen beschäftigte Mitarbeiter\*innen. Wir wollen eine Demokratisierung der  
194 Hochschulen: Dazu gehört eine viertelparitätische Selbstverwaltung der Hochschulen und  
195 das Recht der Asten, sich zu politischen Fragestellungen äußern zu dürfen. Um den  
196 Hochschulzugang zu erleichtern und Bildungsbarrieren abzubauen, braucht es eine deutliche  
197 Erhöhung und elternunabhängigen Ausbau des BAFÖGs. Besonders in Städten mit  
198 explodierenden Mietpreisen wird viel studiert - deshalb müssen deutlich mehr  
199 Wohnraumplätze entstehen. Forschung an Universitäten muss viel stärker gefördert werden,  
200 dazu gehört aber auch das aus öffentlichen Mitteln finanzierte Forschungsergebnisse im  
201 Open Access publiziert werden und der Allgemeinheit zur Verfügung stehen müssen. Jetzt  
202 mehr denn je müssen wir aber auch klarstellen: Forschung zur Entwicklung neuer  
203 Waffensysteme oder Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts zu suchen. Wir  
204 fordern eine Zivilklausel, die Rüstungsforschung untersagt.

205 Aber auch die Arbeitsbedingungen an den Universitäten und für Lehrkräfte müssen sich  
206 dringend ändern. Schluss mit Kettenbefristungen und Werkverträgen an den Universitäten  
207 und Schluss mit Saisoneinstellungen für Lehrkräfte!

208

### 209 **Gemeinsam und gleichberechtigt: ein lebenswertes Leben für alle**

210

211 In Hessen kommt es zu einer weiteren Zunahme rechter Gewalt und Zuspruch zu völkisch-  
212 nationalistischem Denkens bis weit in die Mitte der Bevölkerung. Gleichzeitig werden  
213 rechtsradikale Chatgruppen bei der hessischen Polizei enttarnt.

214 Angriffe auf Leib und Leben von Menschen, die sich vor Hunger, Krieg und Verzweiflung zu  
215 uns in Sicherheit gebracht haben, nehmen zu. Ja, sogar vor Mord an Andersdenkenden, wie  
216 im Fall Walter Lübke, wird in der rechten Szene nicht mehr haltgemacht.

217 Dies Alles geschieht allzu oft unter dem Applaus von Rechtsradikalen in den sozialen  
218 Medien. Seit Beginn der Pandemie hat sich zudem ein beängstigendes Bündnis aus harten  
219 Faschist\*innen und einer völkisch-esoterischen Szene gebildet, dass auf den Straßen offen  
220 die Abschaffung der Demokratie fordert. Unter allen Parteien sind, waren und bleiben es vor  
221 allem wir - DIE LINKE -, die in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Organisationen überall  
222 im Land laut gegen die Rückentwicklung unserer Gesellschaft zu längst vergangen  
223 geglaubten Zeiten ihre Stimme erheben.

224 Aber auch im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit und der sexuellen Selbstbestimmung  
225 hat unsere Gesellschaft an Boden verloren. Beispielsweise ist es in einigen Regionen in  
226 Hessen unmöglich einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen.

227 Queere Menschen und Familien, die nicht dem typischen Vater-Mutter-Kind-Modell  
228 entsprechen, werden angefeindet und bedroht.

229 Es sind die gleichen rechtsradikalen Parteien und Gruppen, die mittels Halbwahrheiten und  
230 Lügen in den sozialen und in einigen privaten Medien leider erfolgreich Stimmung gegen den  
231 Fortschritt hin zu einer egalitären Gesellschaft machen. Oft mit Unterstützung national-  
232 konservativer Unternehmer\*innen und Medienmogul\*innen. Es ist auch an uns dieser

233 Entwicklung mit breiten Schultern entgegenzutreten. Denn eine von Fremdbestimmung und  
234 Unterdrückung befreite Welt kann es nicht ohne vollständige Gleichstellung der Frauen und  
235 Selbstbestimmung über die eigene Sexualität und das eigene Modell des (Zusammen)-  
236 Lebens geben. Dafür gilt es auch in den eigenen Reihen zu streiten.  
237 Auch die Inklusion von Menschen mit körperlichen oder psychischen Einschränkungen spielt  
238 dabei eine wichtige Rolle. Wir kämpfen zusammen mit den Betroffenen für eine inklusive  
239 Gesellschaft, die Menschen nicht länger aufgrund ihrer körperlichen oder psychischen  
240 Fähigkeiten ausschließt, minder schätzt oder nicht ernst nimmt. Wir kämpfen für eine  
241 Zukunft, in der jeder Mensch nach seinen Bedürfnissen und seinen Fähigkeiten vollwertiges  
242 und ernst genommenes Mitglied der Gesellschaft ist. Es muss endlich Schluss sein mit der  
243 Einteilung von Menschen nach Leistungsfähigkeit und Gesundheitszustand. Gerade weil es  
244 oft genug die kapitalistische Gesellschaft selbst ist, die durch Leistungsdruck und Fixierung  
245 auf geistige, wie körperliche Gesundheit die Menschen erst richtig krankmacht.  
246  
247 Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, Bewegungen und Gewerkschaften wollen wir die  
248 Voraussetzung dafür schaffen, die Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern. Dafür  
249 solidarisieren wir uns mit den Lohnabhängigen, den prekär Beschäftigten, den Erwerbslosen,  
250 den Hartz IV Bezieher\*innen, sowie den Geflüchteten, gegen die Profitinteressen der  
251 Konzerne.